

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Renate Schmidt MdB registriert eine deutliche Ablehnung des angekündigten 218-Beratungsgesetzes: Frauen befürchten massive Bevormundung.

Seite 1

Dr. Hans Apel MdB kommentiert die Bonner Position vor der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank: Stoltenberg verliert auch international an Glaubwürdigkeit.

Seite 3

Dokumentation:

Der bayerische SPD-Landesvorsitzende Dr. Rudolf Schöfberger würdigte in München das Werk von Wilhelm Hoegner, der heute vor 100 Jahren geboren wurde. Ausschnitte aus seiner Rede

Seite 5

42. Jahrgang / 181

23. September 1987

Frauen befürchten massive Bevormundung

Das angekündigte 218-Beratungsgesetz stößt bei Betroffenen und Verbänden auf Ablehnung

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn auch das von der Bundesregierung lauthals angekündigte § 218-Beratungsgesetz noch nicht im Wortlaut vorliegt, eines hat es immerhin schon bewirkt: Es ist ins Gerede gekommen. Landauf, landab befassen sich die am § 218-Verfahren unmittelbar beteiligten Ärzte sowie Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen und deren Träger damit, setzen sich Frauen - innerhalb und außerhalb von Verbänden, Organisationen und Parteien - mit seinem mutmaßlichen Inhalt auseinander.

So viel sei vorweggenommen: Aus diesem Kreis ist mir bis zum heutigen Tage keine einzige positive oder zustimmenden Stellungnahme bekanntgeworden, niemand - angefangen vom Landesfrauenrat Baden-Württemberg über private Zuschriften bis hin zum Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte - hielt das angekündigte Beratungsgesetz für erforderlich und die in den Koalitionsvereinbarungen nur in groben Zügen skizzierten Regelungen für zweckmäßig. Wohl aber häufen sich im Arbeitskreis „Gleichstellung der Frau“ die kritischen Zuschriften, die vor allem eine Aufhebung der Gesamtreform §§ 218 von 1976 befürchten, zumindest aber deren Aushöhlung. Unbestritten ist auch bei den Kritikern dieses Gesetzgebungsvorhabens, daß damit in jedem Fall für die betroffenen Frauen Reglementierungen und Erschwernisse verbunden sind, durch die Frauen zunehmend verunsichert werden und ihr Ausweichen ins benachbarte Ausland erwarten lassen.

Welches sind nun die hauptsächlichsten Angriffspunkte?

Erstens: Die Vielfalt der Beratungskonzepte wird preisgegeben.

Es ist beabsichtigt, die Beratungsinhalte enger zu fassen und präzise vorzugeben. Diese „massive Bevormundung“ der Frauen, aber auch der Beratungsstellen, wird entschieden abgelehnt. Zugleich wird vehement dagegen protestiert, ein von der Caritas für

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Konkurrenzlos
zur weltweiten Bekanntheit
Kreuzing-Papier



sich entwickeltes Beratungskonzept künftig für alle „Bevölkerungsgruppen verbindlich“ werden zu lassen. Damit wird zugleich eine der Grundvoraussetzungen der Schwangerschaftskonflikt-Beratung aufgegeben: „Beratung verdient diesen Namen nur, wenn sie neutral erfolgen kann“ (Landesfrauenrat Baden-Württemberg).

Zweitens: Schwangere Frauen in Konfliktsituationen werden sozial kontrolliert.

Vorgesehen ist, das soziale Umfeld der Schwangeren mit in die Beratung einzubeziehen. Dies soll zwar nur „mit Zustimmung“ der betroffenen Frau geschehen, wie leicht eine solche Zustimmung aber zu erhalten sein wird, ist vor dem Hintergrund des Drucks, unter dem eine schwangere Frau in einer Notlage steht, leicht vorstellbar. Abgesehen davon, daß es bereits von der personellen Ausstattung der Beratungsstellen her praktisch kaum möglich sein dürfte, Gespräche über Konfliktsituationen künftig auch mit den Eltern und einem Arbeitgeber zu führen, macht die angekündigte „totale Kontrolle“ erhebliche Angst. „Durch die erzwungene Offenlegung des sozialen Umfeldes wird die Frau gedemütigt und unter Umständen zusätzlichen Diskriminierungen ausgesetzt.“

Besondere Vorbehalte richten sich dagegen, einen Arbeitgeber miteinzubeziehen, dies wird als „ein nicht zu begründender und nicht gerechtfertigter Eingriff in höchstpersönliche Entscheidungen“ angesehen. Die Ängste gehen sogar noch weiter, und zwar bis über den Zeitpunkt der Geburt eines Kindes hinaus: „Alleinerziehende und sozial schwache Mütter müssen sich gefallen lassen, noch nach Austragen der Schwangerschaften sozial kontrolliert zu werden.“

Drittens: Das § 218-Verfahren wird durch bürokratische Hemmnisse erschwert.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen zielen darauf ab, das § 218-Verfahren zu komplizieren, zeitlich in die Länge zu ziehen und dadurch die betroffenen Frauen erheblich zu verunsichern und sie sogar gesundheitlich zu gefährden. Insofern wird zu Recht befürchtet, daß dadurch eine bestehende Indikationsregelung angegriffen wird. Die Folgen derartiger bürokratischer Hindernisse, die durch einen beträchtlichen sozialen Druck, der auf die ohnehin konfliktbelasteten Frauen ausgeübt wird, noch vergrößert werden, sind eine Rückkehr zu den Verhältnissen von vor 1976: „Die Hürden vor einem medizinisch vertretbaren Schwangerschaftsabbruch werden so hoch gesetzt, daß der Weg in die Illegalität mit unübersehbaren Folgen für die Gesundheit der Frauen wieder bittere Realität wird.“

Diese - aus einer Vielzahl von Zuschriften herausgegriffenen kritischen Stimmen seien der für das Beratungsgesetz zuständigen Bundesministerin Süßmuth ins politische Stammbuch geschrieben. Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden diesem unnötigen und schädlichen Gesetz ihre Zustimmung nicht geben. Vor einer Reglementierung, vor neuen Strafbestimmungen hat die Hilfe Vorrang. Frau Süßmuth hätte Gelegenheit, die unzureichenden Hilfen der Stiftung „Mutter und Kind“ in ausreichende Hilfen mit Rechtsanspruch umzuwandeln. Dies würde im Gegensatz zum Beratungsgesetz Frau Süßmuths und den damaligen vollmundigen Versprechungen Helner Geißlers, die Abtreibungen mit der Bundesstiftung um jährlich 20.000 DM zu senken, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche wirklich reduzieren.

(-/23.9.1987/va-ha/rs)

* * *



Stoltenberg verliert auch international an Glaubwürdigkeit

Zur bevorstehenden Jahresversammlung des Internationalen
Währungsfonds (IWF) und der Weltbank

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises „Öffentliche Finanzwirtschaft“

1. Nicht nur national, sondern auch international verliert Bundesfinanzminister Stoltenberg zusehends an Glaubwürdigkeit:

Seit Jahren präsentiert der Bundesfinanzminister bei internationalen Konferenzen regelmäßig unrealistisch hohe Wachstumsprognosen, um den Eindruck zu erwecken, die Bundesrepublik werde ihrer Mitverantwortung für die Weltwirtschaft gerecht. Zu dieser regierungsamtlichen Schönfärberei hat jetzt sogar die OECD in aller Öffentlichkeit kritisch festgestellt, daß das deutsche Wirtschaftswachstum schon seit mehreren Jahren regelmäßig hinter den offiziellen Voraussagen der Bundesregierung zurückbleibe.

Vor einem Jahr erklärte der Bundesfinanzminister vor der Bundespressekonferenz anlässlich der letzten Jahresversammlung von IWF und Weltbank: „Seit dem Jahresende 1982/83 befindet sich die deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs mit einem Basistrend von rund drei Prozent. Die Kraft des Aufschwungs ist ungebrochen und erhält jetzt einen neuen Schub“ (BMF-Pressemitteilung vom 22. September 1986). Tatsächlich lag die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts 1983 bei 1,9 Prozent, 1984 bei 3,3 Prozent, 1985 bei 2,0 Prozent und 1986 bei 2,5 Prozent.

Auch für 1987 war die vor einem Jahr getroffene Aussage, das Wachstum liege bei drei Prozent und mehr, nachweislich falsch. Selbst die Bundesregierung mußte inzwischen zugeben, daß das Wachstum in diesem Jahr nur etwa halb so hoch sein wird, wie vom Bundesfinanzminister angekündigt.

Auch vor der diesjährigen Jahresversammlung setzt der Bundesfinanzminister seine systematische Schönfärberei fort: Für die Jahre 1988 bis 1991 rechnet er mit einem realen Wirtschaftswachstum von jährlich 2,5 Prozent. Alle Prognosen gehen jedoch bereits für 1988 von einem niedrigeren Wachstum aus:

OECD: 2,0 Prozent	EG: 2,0 Prozent	IFO: 1 3/4 Prozent	DIW: 2,0 Prozent
IWF (Kiel) 2,0 Prozent	BDI: 2,0 Prozent	IWF: 2,3 Prozent	



2. Auch mit unsachgerechten Prognosen kann der Bundesfinanzminister nicht verdecken, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Bundesregierung im internationalen Vergleich nicht erfolgreich ist: Seit der Wende liegen die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in der Bundesrepublik Jahr für Jahr unter dem Durchschnitt der westlichen Industrieländer. Auch für 1987 und 1988 hat die OECD in ihrem Wirtschaftsbericht 1987 bis 1988 für die Bundesrepublik Deutschland einen „besorgniserregenden Mangel an Wirtschaftsdynamik“ festgestellt.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung gibt der Konjunktur auch nicht die Impulse, die für eine nachhaltige Stärkung der Wachstumsdynamik erforderlich sind. Im Gegenteil werden Wirtschaft und Verbraucher durch die offenen Finanzierungsfragen beim Steuerpaket 1990 und die Unklarheiten über die öffentlichen Finanzen zunehmend verunsichert. Investitionsschwäche und eine unzureichende private Nachfrage sind das Ergebnis dieser Verunsicherung. Statt klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, wird die Finanzpolitik des Bundesfinanzministers Stoltenberg immer mehr zum Investitionshemmnis Nummer 1.

3. Der immer deutlicher werdende Glaubwürdigkeitsverlust des Bundesfinanzministers schwächt die internationale Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber unseren Welt-Handelspartnern: Wie kann der Bundesfinanzminister auf der bevorstehenden Jahrestagung von den USA glaubwürdige Anstrengungen zum Abbau des amerikanischen Budgetdefizits und Standhaftigkeit im Kampf gegen den Protektionismus einfordern, und von den Japanern ernsthafte Maßnahmen zur Öffnung ihres Binnenmarktes verlangen, wenn er sich von unseren Partnern vorhalten lassen muß, selbst seit Jahren seine Hausaufgaben nicht erfüllt und die den Partnern versprochene Stärkung der deutschen Inlandsnachfrage nicht erreicht zu haben?

Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit und Vertrauen sind auch unerläßliche Voraussetzung für die notwendige Stabilisierung der Wechselkurse. Sehen die Märkte bei den beteiligten Regierungen diese Voraussetzungen nicht erfüllt, sind auch koordinierte Notenbankinterventionen nicht in der Lage, neue Währungsturbulenzen zu verhindern.

Im Interesse einer wirksamen Vertretung deutscher Interessen gegenüber unseren internationalen Partnern, im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer, fordert die SPD den Bundesfinanzminister auf, unverzüglich auf den Pfad glaubwürdiger und seriöser Finanzpolitik einzuschwenken.

(-/23.9.1987/va-ha/rs)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Dr. Rudolf Schöfberger: Erinnerung an Wilhelm Hoegner

Der Landesvorsitzende der bayerischen SPD, Dr. Rudolf Schöfberger, würdigte in einer Festveranstaltung am Dienstag abend in München das Werk von Wilhelm Hoegner, der heute vor hundert Jahren geboren wurde. Wir dokumentieren aus der Rede jene Abschnitte, die sich mit dem Engagement des späteren bayerischen Ministerpräsidenten gegen die Nazis und seinem Wirken in der unmittelbaren Nachkriegszeit befassen.

Geist und Tat sind keine Gegensätze. Politischer Erfolg setzt beides voraus. Das Lebensbild Hoegners wäre höchst unvollständig, würde man seinen Kampf gegen die braunen Verbrecher und seine nachfolgende Emigration unerwähnt lassen; Hoegner kam als Staatsanwalt im Hitler-Ludendorff-Prozeß nach dem Putsch an der Feldherrnhalle zum ersten Mal in engste Berührung mit den aufkeimenden Nazis. Er war über den glimpflichen Ausgang des Prozesses empört. Als Landtagsabgeordneter, der er seit 1924 war, sorgte er im Parlament für eine Interpellation und für einen Untersuchungsausschuß, in dem er maßgebend mitwirkte. In den drei Jahren bis 1927 wurde Hoegner zu einem der besten Kenner der Nazi-Bewegung, der vieles, bis hin zu den geheimen Finanzierungsplänen und -praktiken aufdeckte. Am 14. September 1930 wurde Hoegner zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Bereits am 18. Oktober 1930 setzte sich Hoegner als Sprecher der SPD-Reichstagsfraktion ebenso kenntnisreich wie leidenschaftlich mit den Nazis, vor allem mit deren Rassenlehre auseinander. Hoegners Redeschluß ging im Tumult der Nazis unter. Ein Nazi-Abgeordneter drohte Hoegner: „Kommen Sie nur nach München, dann werden wir Sie killen.“ Hoegners Rede ist dann als Broschüre mit dem Titel „Der Volksbetrug der Nationalsozialisten“ vieltausendfach im Reich verbreitet worden. Seitdem war Hoegner der von den Nazis am meisten gehaßte Sozialdemokrat im Reich.

Hoegner hat als einer der wenigen das volle Verderbnis der Nazi Herrschaft vorausgesehen, während andere Sozialdemokraten von einer „höchst vorübergehenden Erscheinung“ ausgingen. In seinem lesenswerten Werk „Flucht vor Hitler“ beklagt Hoegner voller Bitternis das Verhalten der SPD in den letzten Wochen der Weimarer Republik, wenn er schreibt: „Die SPD verließ sich erst auf die Verfassung, dann auf den Reichspräsidenten, dann auf das Zentrum und die Macht der katholischen Kirche, dann auf die Deutschnationalen, die Hitler bändigen sollten. Dann auf Bayern, dann auf die Reichswehr, dann auf den Stahlhelm, nur nicht auf sich selbst.“ Der Haftbefehl Heydrichs lag vor. Hätten die Nazis Hoegner aufgefunden, wäre er auf der Stelle ermordet worden.

Vom 23. März 1933 bis zum Juli lebte Hoegner bei verschiedenen Arbeiterfamilien in München und wechselte alle paar Tage die Wohnung. Die Genossen um Hoegner treffen sich noch im Juni 1933 hier im Künstlerhaus, um den Widerstand zu organisieren. Dann brechen alle Dämme. Am 12. Juli 1933, morgens um drei Uhr, erreicht Hoegner zusammen mit dem Genossen Hans Fischer, dem Bergführer der Naturfreunde, nach abenteuerlicher Karwendelüberquerung, völlig durchnäßt und zerschrammt, mit zerbrochenem Zwicker, bei Scharnitz österreichischen Boden. Später folgt die Familie.

Hoegner lebt einige Monate in Innsbruck als Parteisekretär der SPÖ. Dann emigriert er in die Schweiz. Dort bringt er sich und seine Familie als Schriftsteller und Gerichtsberichterstatte elf Jahre notdürftig durch. Und wieder erhält er Almosen, die er seit der Burghausener Zeit so haßt. Wieder fühlt er sich als Erniedrigter und Ausgestoßener, vor allem als ihn die Schweiz 1941 wegen „Überfremdung“ ausweisen will.

Hoegner ist weder zu Fuß noch zu Pferd noch mit dem Motorrad dem Nazi-Gschwerl nachgerannt. Das unterscheidet ihn von anderen, die gleichwohl später zu höchsten Würden gelangten. Fast zwölf Jahre lang hat er treu seiner Überzeugung als Humanist und Sozialist sein Leben in der Emigration gefristet - mit dem Glauben, aber ohne Hoffnung auf die Rückkehr in seine Heimat. „Das Brot der



Emigration ist mit Essig getränkt“, schreibt Hoegner in seinen Erinnerungen. Vom Exil aus sucht Hoegner Verbindung mit anderen Emigranten, darunter mit dem ehemaligen Reichskanzler Wirth. Verfassungs- und Gesetzentwürfe, Proklamationen für ein neues Deutschland entstehen. Am 6. Juni 1945 fuhr Wilhelm Hoegner, begleitet von einer amerikanischen Majorin, mit dem Jeep vom Züricher Exil in das zerstörte München, das er zwölf Jahre lang nicht mehr gesehen hatte. Beim Anblick konnte er die Tränen nicht mehr unterdrücken, schildert Hoegner seine Ankunft.

Aber Wilhelm Hoegner war zur Stelle und wurde gebraucht, so wie man Sozis immer brauchen kann, wenn das von sogenannten „Patrioten“ zerstörte Vaterland wieder enttrümmert und aufgebaut werden muß. Nichts charakterisiert das Pflichtbewußtsein, den Fleiß, aber auch den unbeugsamen Idealismus dieses Mannes mehr als der Inhalt seines Rucksacks, den er von Zürich mit nach München bringt: Ein Scherzel trockenes Brot, ein paar Äpfel, 23 perfekt ausgearbeitete Gesetzentwürfe, darunter der vollständige „Entwurf einer Bayerischen Verfassung“ bestehend aus 140 Artikeln. „Der bayerische Verfassungsentwurf ist besonders voll von sozialistischer Philosophie“, stellte die amerikanische Militärregierung am 23. Juli 1945 mit Kennerblick fest.

Lassen wir noch einmal Hoegner selbst zu Wort kommen: „Als Sozialdemokrat unternahm ich den Versuch, durch entsprechende Verfassungsbestimmungen Bayern zu einem Sozialstaat auszugestalten. Vor allem sollte verhütet werden, daß durch eine weitere Verschärfung der Klassengegensätze das Staatsgefüge auseinandergesprengt würde. Zu diesem Zweck sollte eine Gesellschaft entstehen, in der an die Stelle des rücksichtslosen Wettbewerbs, der Neid- und Haßgefühle und des Kampfes aller gegen alle gegenseitige Hilfe zu treten hätte. In einer solchen Gesellschaftsordnung würden nicht Maschinen und Material, sondern Menschen am wichtigsten sein. Die gesamte Volkswirtschaft sollte im Dienste des Gemeinwohls stehen und allen Staatsbürgern sollte ein menschenwürdiges Dasein, eine möglichst hohe Lebenshaltung gewährleistet sein. Die menschliche Arbeitskraft sollte gegen Ausbeutung noch stärker geschützt werden. Garantierte Mindestlöhne sollten jedem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen und dem gesamten Wirtschaftsertrag entsprechende Lebenshaltung ermöglichen. Jeder Arbeitnehmer sollte ein Recht auf Erholung, insbesondere auf einen bezahlten Jahresurlaub und ein freies Wochenende zustehen.“

Auch für das geistige und seelische Wohl breiter Volkskreise sollte besser gesorgt werden als in der Vergangenheit. Die Schätze der abendländischen Kultur, aber auch die landschaftlichen Schönheiten sollten allen Volkskreisen zugänglich sein. Und abschließend stellt Hoegner nicht ohne Stolz aber auch Bitternis fest: „Diese meine Absichten haben in der Bayerischen Verfassung zum großen Teil ihren Niederschlag gefunden, aber nicht alle fortschrittlichen Bestimmungen sind bisher verwirklicht worden.“ Der größte Erfolg und das schönste Geschenk seines Lebens war wohl die Tatsache, daß das bayerische Volk seine Verfassung mit 70 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen hat.

Aber nicht nur mit der Verfassung selbst, sondern mit zahlreichen grundlegenden Gesetzen, von der Gemeindeordnung bis zum Polizeigesetz, hat Hoegner Verfassungsgeschichte geschrieben und den Wiederaufbau Bayerns ganz entscheidend geprägt. Hoegner war leidenschaftlich Ministerpräsident, aber auch Staatsminister der Justiz und des Innern. Er war ein Staatsmann, wie Wilhelm Kaiser, Georg August Zinn und Ernst Reuter. Er hat sich damit nicht nur einen festen Platz im Geschichtsbuch der Bayern erworben, sondern auch - und das ist für ihn schwieriger gewesen - einen festen Platz in den Herzen der bayerischen Sozialdemokraten.

Wilhelm Hoegner, daran kann keine Würdigung vorbeigehen, war leidenschaftlicher Altbayer, bayerischer Patriot und Föderalist. Ohne ihn und sein beharrliches Werk wäre die Bundesrepublik möglicherweise ein Zentralstaat geworden. Hoegners Liebe zur Heimat war sprichwörtlich. Er liebte die Sitten, die Bräuche, die Lieder, die literarischen Dokumente seiner Heimat. Und wann er in der Wirtschaft stets den Hut aufließ, war das kein eitler Gag - Hoegner war das Gegenteil einer schillernden Figur - sondern ein alter Brauch, den er pflegte. Hoegners Begriff der „Volkspartei“, den er als erster mit seiner Rede im Prinzregententheater im November 1945 - 14 Jahre vor Godesberg - kreierte, war nicht nur ein Anschluß an Georg von Vollmar, sondern auch eine Brücke zu seinem starken Bajuwarismus.

(-/23.9.1987/vo-he/ra)

Versandweg
mit weißen Briefen
Reichspost

